

Beschlußempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie
und Technikfolgenabschätzung (19. Ausschuß)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Tilo Braune, Dr. Edelbert Richter,
Wolfgang Thierse, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
– Drucksache 13/4967 –**

Neue Akzente bei der Förderung der Industrieforschung in den neuen Ländern

A. Problem

Der wirtschaftliche Aufschwung in den neuen Bundesländern benötigt eine leistungsfähige industrielle und industriennahe Forschungs- und Entwicklungskapazität in diesen Ländern. Die strukturellen Veränderungen in der ostdeutschen Industrie seit der deutschen Einheit haben aber zu einem massiven Abbau dieser Kapazitäten geführt.

B. Lösung

Forderung eines Bündels von Maßnahmen zum Aufbau eines wirkungsfähigen Industrieforschungspotentials in den neuen Bundesländern.

Einstimmigkeit im Ausschuß

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine Angabe.

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

a) die folgende Entschließung anzunehmen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Fortsetzung der gezielten Förderung der Industrieforschung in den neuen Bundesländern

Fünf Jahre nach der deutschen Einheit befinden sich die FuE-intensiven und exportorientierten Zweige der Industrie Ostdeutschlands noch immer in einer schwierigen Situation. Diese ist durch unzureichende Wachstumsraten, schwache Marktposition und nicht ausreichende Kapitalausstattung gekennzeichnet. Die strukturellen Veränderungen haben zu einem dramatischen Abbau ehemaliger Industrieforschungskapazitten geführt, ihr Anteil beträgt zur Zeit knapp 5 % des in den alten Bundesländern vorhandenen Industrieforschungspotentials.

Deshalb gilt: Ohne verstärkte Forschung und Entwicklung (FuE) wird der Aufschwung in den neuen Bundesländern nicht fortgeführt werden können. Trotz beachtlicher Erfolge bei der Umstrukturierung und der Förderung der Industrieforschung ist ihre weitere gezielte Unterstützung über einen längeren Zeitraum unbedingt erforderlich. Obwohl die Industrieforschung in einen Konsolidierungsproze eingetreten ist und sich auf einem niedrigen Niveau stabilisiert hat, werden die ostdeutschen Unternehmen auch in den nächsten Jahren nicht in der Lage sein, den notwendigen Innovationsbedarf vollständig aus eigenen Mitteln zu finanzieren. Die ostdeutschen Industrieunternehmen können aber nur über Innovationen mittel- und langfristig ihre Wettbewerbsfähigkeit sichern und die hohen Produktivittsrckstnde aufholen.

Die Unterstützung der ostdeutschen Industrieforschung sollte auf Sicht weiterhin durch direkte und gezielte Zuschüsse erfolgen, da die klein- und mittelständischen Unternehmen in den neuen Bundesländern noch nicht über hinreichende Sicherheiten für Kreditgeber verfügen. Alle Maßnahmen müssen darauf gerichtet werden, daß die Ergebnisse der ostdeutschen Industrieforschung vor allem auch der ostdeutschen Industrie zugute kommen, damit eigene Wertschöpfung in den neuen Bundesländern verstärkt zustande kommt. Der Umfang der wirtschaftsnahen Forschungsförderung sollte sich grundsätzlich an der wirtschaftlichen Entwicklung in den neuen Bundesländern orientieren. Dabei sollte der Forschungskoooperation generell und der stärkeren Förderung von regionalen Netzwerken zwischen den Unternehmen speziell eine besonders hohe Beachtung geschenkt werden. Es ist deshalb unbedingt erforderlich, daß sich die ostdeutsche Industrieforschung in hohem Maße an den vom Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, For-

schung und Technologie (BMBF) geplanten „Leitprojekten“ beteiligt.

Wichtig bleibt die Unterstützung von gemeinnützigen Forschungseinrichtungen, die sich zu leistungsfähigen Instituten nationaler und internationaler Wettbewerbsfähigkeit entwickelt haben.

II. Weiter wolle der Deutsche Bundestag beschließen:

Der Deutsche Bundestag hält es für erforderlich, mit einem Bündel von Maßnahmen die Entwicklung der Industrieforschung in den neuen Bundesländern weiter intensiv zu fördern.

1. Die verstärkte Wiederansiedlung von Forschung und Entwicklung in den produzierenden Betrieben stellt eine der forschungspolitischen Hauptaufgaben in den neuen Bundesländern dar. Deshalb ist es unbedingt erforderlich, das bewährte BMWi-Programm „Personalförderung Ost“ mittelfristig in angemessener finanzieller Ausstattung zu betreiben. Dieses Programm dient vor allem den klein- und mittelständischen Unternehmen in den neuen Bundesländern.
2. Wirtschaftsnahe innovative Einrichtungen in den neuen Bundesländern müssen weiterhin angemessen unterstützt werden. Dazu ist das BMWi-Programm „Marktvorbereitende Industrieforschung“ in notwendigem Umfang fortzuführen.
3. Der Beschleunigung des Transfers von Forschungsergebnissen in vermarktbare Produkte mit technischem Spitzenniveau und der Unterstützung risikoreicher und besonders innovativer FuE-Vorhaben in den neuen Ländern gebührt forschungspolitischer Vorrang. Das zur Lösung dieser Aufgaben vom BMBF initiierte Programm „FUEGO“ muß kurzfristig umgesetzt und finanziell angemessen ausgestattet werden.
4. Die Förderung besonders innovativer und risikoreicher Existenzgründungen in den neuen Bundesländern ist über das neue BMBF-Förderprogramm „Förderung und Unterstützung von technologieorientierten Unternehmensgründungen“ (FUTOUR) ist jetzt zügig umzusetzen. Dieses Programm ist finanziell angemessen auszustatten.
5. Es ist zu prüfen, auf welche Weise die Antragstellung der BMBF- und BMWi-Förderprogramme vereinfacht werden kann. Die Bearbeitungszeiten durch die Projektträger sind unbedingt zu verkürzen.
6. Die Möglichkeit, Neueinstellungen in privaten gewerblichen Unternehmen für ein Jahr mit einem festen Lohnkostenzuschuß zu fördern, sollte insbesondere zur Einstellung von FuE-Personal genutzt werden, um Innovationspotentiale in klein- und mittelständischen Betrieben mit aufzubauen.

7. Es ist zu prüfen, inwieweit mittel- bzw. langfristig die personelle Innovationsförderung in den klein- und mittelständischen Betrieben in den neuen Bundesländern durch eine Innovationszulage ergänzt werden kann.
8. Die Bildung von regionalen Innovationsnetzwerken zwischen Unternehmen und externen Industrieforschungseinrichtungen sowie weiteren FuE-Einrichtungen zur Schaffung wettbewerbsfähiger Regionen ist zu unterstützen. Dazu sind Leitprojekt- und Interregionalwettbewerbe, die die branchenorientierten und technologiespezifischen Potenzen der lokalen Akteure für einen Wachstumsschub (Ertrag, Export, Beschäftigung) mobilisieren, zu initiieren.

Bei den Auswahlentscheidungen der Wettbewerbe sollten die spezifischen regionalen Ausgangsbedingungen der Industrieforschung Berücksichtigung finden.

9. Das Netz der Technologietransferzentren muß in seiner Leistungsfähigkeit erhalten bleiben.
10. Ostdeutsche Institute und innovative Unternehmen finden in ihren Regionen oft keine Partner vor, mit denen sie zusammenarbeiten können. Die Zusammenarbeit zwischen der westdeutschen Wirtschaft und den FuE-Einrichtungen in den neuen Bundesländern ist deshalb erheblich zu intensivieren. Die vom BMWi, der Wirtschaftsinitiative „wir“, dem Verband innovativer Unternehmen in den neuen Bundesländern und den Verbänden der westdeutschen Industrie und des Handwerks ausgelösten Aktivitäten werden nachhaltig unterstützt.
11. Der Förderung und dem Ausbau der in den neuen Bundesländern aufgebauten Kompetenz in der Raumfahrttechnologie zur Erlangung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und der Chancengleichheit im nationalen Maßstab kommt besondere forschungspolitische Bedeutung zu. Die Beteiligung von klein- und mittelständischen Unternehmen aus den neuen Bundesländern an ESA-Raumfahrtprojekten ist unbedingt zu verbessern.

b) den Antrag in Drucksache 13/4967 für erledigt zu erklären.

Bonn, den 16. April 1997

Der Ausschuß für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung

Doris Odendahl
Vorsitzende

Dr.-Ing. Joachim Schmidt (Halsbrücke)
Berichterstatter

Dr. Edelbert Richter
Berichterstatter

Dr. Manuel Kiper
Berichterstatter

Dr.-Ing. Karl-Hans Laermann
Berichterstatter

Wolfgang Bierstedt
Berichterstatter

**Bericht der Abgeordneten Dr.-Ing. Joachim Schmidt (Halsbrücke),
Dr. Edelbert Richter, Dr. Manuel Kiper, Dr.-Ing. Karl-Hans Laermann
und Wolfgang Bierstedt**

1. Überweisung

Der Antrag – Drucksache 13/4967 – wurde in der 113. Sitzung des Deutschen Bundestages am 20. Juni 1996 zur federführenden Beratung an den Ausschuß für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung sowie zur Mitberatung an den Ausschuß für Wirtschaft und an den Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung überwiesen.

2. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der Ausschuß für Wirtschaft hat den Antrag in seiner Sitzung am 9. Oktober 1996 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der SPD sowie der Gruppe der PDS bei Abwesenheit der Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Antrag abzulehnen.

Der Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung hat den Antrag in seiner Sitzung am 13. November 1996 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS, den Antrag abzulehnen.

**3. Beratungsverlauf und Ergebnis
im federführenden Ausschuß**

Der Ausschuß für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung hat den Antrag – Drucksache 13/4967 – in der 43. Sitzung am 13. November 1996 anberaten. Die Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. brachten einen Antrag mit der Ausschußdrucksachen-Nummer 13-521 in die Beratungen für eine Beschlußempfehlung ein. Der Ausschuß verabredete, daß sich die Berichterstatter um den Vorschlag für eine einvernehmliche Beschlußempfehlung bemühen sollten.

Die Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. haben in der 53. Sitzung des Ausschusses am 16. April 1997 einen Antrag mit der Ausschußdrucksachen-Nummer 13-590 eingebracht, der mit der vorgenannten Beschlußempfehlung übereinstimmt.

Die Vertreter der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. vertraten bei der Beratung im Ausschuß die Auffassung, daß der Antrag ein realistisches Bild der aktuellen Situation der ostdeutschen Industrieforschung zeichne. Substantielle Kürzungen der Fördermittel der öffentlichen Hände im Bereich der ostdeutschen Industrieforschung seien noch für längere Zeiträume nicht akzeptabel. Der Antrag konzentriere sich auf die Wiederansiedlung von Forschungs- und

Entwicklungskapazitäten in den klein- und mittelständischen Unternehmen sowie auf die Unterstützung der bestehenden externen innovativen Forschungseinrichtungen. Die Kooperationsmöglichkeiten zwischen kleinen und mittleren Unternehmen und den Forschungseinrichtungen seien zu verbessern. Die Ergebnisse der wirtschaftsnahen Forschung kämen noch nicht ausreichend der eigenen Wertschöpfung in den neuen Bundesländern zugute. In den kleinen und mittleren Unternehmen müßten Kontaktstellen für die Zusammenarbeit im Bereich Forschung und Entwicklung untereinander und mit den externen Forschungseinrichtungen geschaffen werden. Die Unternehmen sollten die Möglichkeit des Lohnkostenzuschusses verstärkt zur Schaffung eines Innovationspotentials nutzen. Dringlich bleibe weiterhin die Unterstützung von gemeinnützigen Forschungseinrichtungen – sie stellten eine wichtige Voraussetzung für die Entwicklung einer effizienteren Industrieforschung in Ostdeutschland dar. Dieser Aufgabe widme sich auch eine Reihe von Programmen, die im Antrag angesprochen würden. Die Bundesregierung müsse alles in ihrer Macht Stehende tun, damit in Brüssel endlich das Programm „FUEGO“ zur Unterstützung risikoreicher und besonders innovativer FuE-Vorhaben unterzeichnet werde. Es komme jetzt darauf an, den Programminhalt des Antrags, der die Leitlinien für die ostdeutsche Industrieforschung zumindest bis Ende dieser Legislaturperiode vorgebe, zügig umzusetzen.

Für den Vertreter der Fraktion der SPD bedeutet die realistische Einschätzung der Situation der ostdeutschen Industrieforschung im Antrag, daß es in diesem Schlüsselbereich für einen überschaubaren Zeitraum zu keiner Angleichung der Lebensverhältnisse zwischen Ost- und Westdeutschland kommen werde. Die berechnete Forderung, daß die Fördermaßnahmen darauf ausgerichtet werden müßten, die Ergebnisse der ostdeutschen Industrieforschung vor allem auch der ostdeutschen Industrie zugute kommen zu lassen, damit eine eigene Wertschöpfung in den neuen Bundesländern verstärkt zustande komme, sei schwer zu erfüllen, weil es in den neuen Bundesländern kaum noch eine Großindustrie gebe. Diese Forderung stehe im übrigen auch in einem Spannungsverhältnis mit der Forderung im Antrag nach einer intensivierten Zusammenarbeit zwischen der westdeutschen Wirtschaft und den FuE-Einrichtungen in den neuen Bundesländern. Das Verhältnis von Angebot und Nachfrage im FuE-Bereich innerhalb der neuen Bundesländer sei sehr angebotslastig. Er unterstreicht die Bedeutung der Unterstützung von gemeinnützigen Forschungseinrichtungen, die ein Drittel des ostdeutschen industrienahen Forschungs- und Entwicklungspotentials ausmachten. Für diese Einrichtungen müßte eine Grundfinanzierung bereit-

gestellt werden, die im Antrag jedoch nicht gefordert werde. Wenngleich man bei der Forderung im Antrag nach einer Unterstützung der gemeinnützigen Forschungseinrichtungen realistischerweise an die Bundesländer gedacht habe, so sei diese Forderung auch an den Bund zu richten. Für die klein- und mittelständischen Unternehmen und Forschungseinrichtungen in Ostdeutschland komme es besonders auf die Kontinuität der Förderprogramme an. Eine Verkürzung der Bearbeitungszeiten für die Anträge der BMBF- und BMWi-Förderprogramme durch die Projektträger sei aufgrund der bekanntlich sehr dünnen Kapitaldecke der Klein- und Mittelunternehmen in Ostdeutschland dringend geboten. Die Möglichkeit, private und gewerbliche Unternehmen für ein Jahr mit einem festen Lohnkostenzuschuß zu fördern, sei eine Modifikation der alten SPD-Forderung, den FuE-Bereich mit ABM-Maßnahmen zu fördern. In der Bildung von regionalen Innovationsnetzwerken zwischen Unternehmen und externen Industrieforschungseinrichtungen läge ein Schlüssel für die wirtschaftliche Entwicklung in den neuen Bundesländern. Mit der Forderung nach Leitprojekten im Antrag verbinde seine Fraktion die Forderung nach einer aktiven Innovationspolitik. Der Antrag stelle aus der Sicht der Fraktion der SPD letztlich eine Art Not- oder Minimalprogramm dar.

Der Vertreter der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erklärte, daß er den Forderungen und Hinweisen im Antrag prinzipiell zustimmen könnte. Es sei allerdings ein gravierender Mangel, daß dieser An-

trag inhaltlich hinter dem zurückfalle, was im Ausschuß bereits im Zusammenhang mit einer nachhaltigen Forschungs- und Technologiepolitik diskutiert und was an Prinzipien und Kriterien für eine nachhaltige Forschungs- und Technologiepolitik seitens der Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“ entwickelt worden sei. Der Antrag lasse neue Akzente gänzlich vermissen. Deshalb werde sich seine Fraktion bei der Abstimmung enthalten.

Der Vertreter der Gruppe der PDS erklärte, daß dieser Antrag gegenüber dem ursprünglichen Antrag der Fraktion der SPD einen Kompromiß auf relativ niedrigem Niveau darstelle. Seine Gruppe vertrete eine etwas andere Auffassung von zukunftsverträglicher Forschung hinsichtlich der Frage der Nachhaltigkeit, als sie im Antrag zum Ausdruck komme. Auch hätten seine Gruppe die Ausführungen zu den ESA-Raumfahrtprojekten irritiert. Trotz einiger inhaltlicher Bedenken werde seine Gruppe aber diesem Minimalkompromiß zustimmen. In Anbetracht der schwierigen Situation der Industrieforschung in Ostdeutschland sei dieser Antrag besser als gar kein Antrag.

Der Antrag der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P., die der vorgenannten Beschlußempfehlung entspricht, wurde mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU, F.D.P., SPD und der Gruppe der PDS bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Ausschußsitzung am 16. April 1997 angenommen.

Bonn, den 16. April 1997

Dr.-Ing. Joachim Schmidt (Halsbrücke)

Berichterstatter

Dr. Edelbert Richter

Berichterstatter

Dr. Manuel Kiper

Berichterstatter

Dr.-Ing. Karl-Hans Laermann

Berichterstatter

Wolfgang Bierstedt

Berichterstatter

